



wicklung sichergestellt.

Der Hinweis des Bundesinnenministeriums auf die Entwicklung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft geht fehl. Dort wurden Einkommensverbesserungen zwischen 2,6 und 6,1 Prozent realisiert. Der Vergleich der Entwicklung der Einkommensverhältnisse darf sich nicht allein auf die gewerbliche Wirtschaft beschränken, sondern muss auch den öffentlichen Dienst einbeziehen. Dort erfolgen trotz Kündigung entsprechender Tarifverträge bis 2004 ungekürzte Sonderzahlungen. Beamte und Versorgungsempfänger müssen sich zudem hintergangen fühlen, wenn die neuen Sonderzahlungen angesichts von Kürzungen in einem Umfang von mindestens 30 Prozent an Leistungen anknüpfen sollen.

Deutliche Korrekturen gefordert

Der dbb lehnte die beabsichtigten Kürzungen auch deshalb ab, weil dafür kein sachlicher Grund erkennbar ist. Die Erzielung von Haushaltseinsparungen wird nämlich allgemein als nicht als ausreichend angesehen. Wenn sich die Sonderzahlungen für Aktive und Versorgungsempfänger unterschiedlich entwickeln, liegt darin auch ein Verstoß gegen den Gleichklang von Besoldung und Versorgung. Nicht einzusehen ist, weshalb eine Änderung der Bezugsgröße (bisher Monats-, künftig durchschnittlicher Jahresbezug) vorgenommen werden soll.

Der dbb, der den Gesetzentwurf insgesamt ablehnte, hat vor den anstehenden parlamentarischen Beratungen an die Fürsorgepflicht der Dienstherrn appelliert und eine soziale Ausgewogenheit sowie weitere erhebliche Korrekturen gefordert. Die unteren Einkommensgruppen wären hinsichtlich des Umfangs der Einschränkungen von Sonderzahlungen besonders hart betroffen. Es fehlen auch abfedernde Übergangsregelungen, vor allem für Versorgungsempfänger, die als Folge der Versorgungsreform durch weitere Kürzungsmaßnahmen überproportional betroffen sind. Obwohl die angespannte Haushaltslage

Das Chaos in Deutschland ist perfekt. Täglich kommen neue Vorschläge von der Bundesregierung, den Landesregierungen, den Abgeordneten und den Parteien, wie die desolaten Finanzen in Bund und Ländern wieder in Ordnung gebracht werden sollen. Und als Gipfel der Dreistigkeit versucht man auch noch, den staunenden Bürgern die Sparvorschläge als zukunftsweisende Reformen zu verkaufen.

Zielgruppe der geplanten Sparorgie sind vor allem Beamte, Versorgungsempfänger, Rentner, Kranke, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger – also Bevölkerungsgruppen, die sich gegen Sparmaßnahmen aus unterschiedlichen Gründen nur schwer wehren können.

Besonders brachial gehen Bund und Länder mit den Beamten und den Versorgungsempfängern um. Trotz aller Zusagen will die Politik ihnen mit einem beispiellosen Wortbruch große Teile des Weihnachtsgeldes und das komplette Urlaubsgeld streichen. Soziale Gerechtigkeit spielt bei den Planungen offenbar überhaupt keine Rolle mehr. So werden durch die Streichung des Urlaubsgeldes Geringverdiener deutlich höher belastet als Besserverdienende – man bedient sich einfach da, wo es am einfachsten ist.

Eine zusätzliche Belastung kommt noch durch die Kürzung der Pendlerpauschale hinzu. Und jungen Familien wird durch den Wegfall der Eigenheimzulage die Möglich-

keit genommen, durch Schaffung von Eigentum für ihr Alter vorzusorgen. Da ist es kein Trost, dass durch die sogenannte Steuerreform ein paar Euro in die Taschen der Bürger zurückfließen – die Zeche zahlen auch hier wieder die, die es sich am wenigsten leisten können.

Beispielloser Wortbruch

Ein Zwischenruf von Hans-Jürgen Seiffert

Auch wenn sie dies behauptet, hat die Bundesregierung keine wirklichen Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch eine Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit werden bestimmt keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, genauso wenig wie durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Und ein schlüssiges Gesamtkonzept, das alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen belasten würde, hat offenbar niemand. Stattdessen sind es allemal die sozial Schwachen, die den maroden Haushalt sanieren sollen – eine eigenartige Vorstellung von Solidargemeinschaft.

Durch ganz besonders bizarre Einfälle ist dabei der Bundesminister Trittin hervorgetreten.

Nach dem Flop mit dem Dosenpfand will er die Finanzprobleme des Staates jetzt durch die Abschaffung des Berufsbeamtentums und die Einbeziehung der Beamten in eine so genannte Bürgerversicherung lösen. Geschätzte Mehrkosten für den Steuerzahler: rund 17 000 000 000 Euro. Aber das interessiert Herrn Trittin offensichtlich nicht. Wichtiger ist ihm, dass er mit seinen unausgegorenen Vorstellungen öffentliches Aufsehen erregt. Überhaupt sagt es viel über die Arbeit unserer Abgeordneten, dass große Teile der Diskussion über die Sparmaßnahmen außerhalb des Parlaments geführt werden – offenbar geht es hier nicht um eine ernsthafte Diskussion der anstehenden Probleme, sondern nur darum, dass die Politiker sich selbst produzieren. Wen wundert da noch die Politikverdrossenheit der Bürger, die sich in einer oft katastrophal niedrigen Wahlbeteiligung äußert.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und der dbb beamtenbund und tarifunion werden wie viele andere Organisationen alles versuchen, einseitige, unsoziale Sparmaßnahmen zu vermeiden. Die Betroffenen müssen solidarisch in Gewerkschaften und Verbänden zusammenstehen, und den Volksvertretern klarmachen, dass sie den jetzt eingeschlagenen Weg nicht mitgehen. Die Politik muss der Bevölkerung eine ungeschminkte Bilanz auf den Tisch legen. Nur dann können akzeptable Auswege aus der Krise gefunden werden.

offenbar nur ein vorübergehendes Phänomen ist, sei keine zeitliche Befristung der Kürzungsmaßnahmen vorgesehen oder Festschreibung, dass die Sonderzahlungen künftig an linearen Anpassungen regelmäßig teilnehmen.

Für den dbb beamtenbund und tarifunion und die GDBA gilt es im anstehenden parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu verhindern, dass nunmehr versucht wird, die erst im Juli 2003 beschlossene Besoldungsanpassung für das Jahr 2004 zu unterlaufen und neue Benach-

teiligungstatbestände einzuführen. j.m.

